

**Projektland: Pakistan / Afghanistan****Quartal/Jahr: Oktober bis Dezember
2010****Schlagzeilen****Pakistan**

- **Anschlagsserie auf Sufi-Heiligtümer**
- **Ethnische Gewalt in Karatschi**
- **Blockade der NATO-Versorgungswege**
- **Regierungskrise**
- **Folgen der Regen- und Flutkatastrophe**

Afghanistan

- **Ergebnisse der afghanischen Parlamentswahlen**
- **Hoher Friedensrat gegründet**
- **Afghanistanstrategien und Truppenabzug**

PAKISTAN**Anschlagsserie auf Sufi-Heiligtümer**

Die Anschlagsserie auf Sufi-Schreine und Heiligtümer, die im vergangenen Juli mit dem Anschlag auf das Grab des Stadtheiligen von Lahore, Abul Hassan Ali Hajvery, angefangen hat (s. QB III/2010), setzt sich weiter fort. Am 7. Oktober explodiert eine Bombe am Schrein von Abdullah Schah Ghazi in Karachi, einer beliebten Pilgerstätte am Strand der Millionenmetropole. Am 25. Oktober explodiert eine weitere Bombe am Tor des Grabmals von Baba Farid in Pakpattan, Pandschab. Für beide Anschläge übernimmt die *Tehrik-e-Taliban Pakistan* (TTP) die Verantwortung.

Die Anschläge verbreiten landesweit Angst und Schrecken und stören das religiös-öffentliche Leben und Streben der Mehrheitsbevölkerung Pakistans, die einen volkstümlichen Islam praktiziert und Heiligenverehrung als historisch-kulturellen Bestandteil ihrer Religionsausübung versteht. Die Anschlagserie spiegelt die wachsenden Spannungen zwischen den verschiedenen islamischen Sekten und Gruppierungen des Landes wider. Vor allem verdeutlicht sie den stetig wachsenden Einfluss wahabistisch-fundamentalistischer Strömungen, die einen öffentlichen Diskurs in Glaubensfragen ablehnen und eine Form des Islam durchsetzen wollen, der allein auf ihrer Interpretation des Glaubens basiert. Sie propagieren eine schriftgemäße, wörtliche Interpretation des Korans und verbieten Heiligenverehrung. Ihnen gilt der in Südasien und Pakistan einst vorherrschende mystische Sufismus, der sich auf die persönliche Beziehung des Individuums mit Gott gründet, als ketzerisch. Statt Toleranz und Respekt für verschiedene Ausdrucksformen des gemeinsamen Glaubens fördern diese konservativen, fundamentalistischen und teils extremistischen Gruppierungen ein Schwarz-Weiß Denken, das alle religiösen Handlungen und Überzeugungen kategorisch in richtig oder falsch einteilt. Ein Großteil der pakistanischen Bevölkerung in den Provinzen Sindh und Pandschab findet sich mit seiner volkstümlichen Glaubenspraxis dabei auf der falschen Seite wieder.

Auch Mitglieder der Mehrheitsgruppe sind nicht vor Anschlägen und Anfeindungen sicher, sofern und sobald sie sich gegen die Ziele und Meinungen der Extremisten aussprechen. Am 5. November kommen bei einer Explosion in einer Moschee in Darru Adam Khel, in der Nähe von Peschawar, während des Freitagsgebets sechshundsechzig Menschen ums Leben. Mutmaßliches Ziel des Anschlags war die Ermordung eines Stammesältesten, der sich öffentlich gegen die TTP ausgesprochen hatte. Zu einem weiteren Selbstmordanschlag kommt es am 25. Dezember in Bajaur, einer anderen Stammesregion im Nordwesten des Landes. Erstmals in der Geschichte Pakistans wird dieser Anschlag von einer Frau verübt, die sich in einer Burka verhüllt bei der Verteilung von Lebensmittelspenden durch das UN *World Food Programme* (WFP) in die Luft sprengt. Alle Opfer des Anschlags sind Mitglieder eines paschtunischen Stammes, der mit der pakistanischen Armee kooperiert, sich klar gegen die Taliban gestellt und eine eigene Stammesmiliz organisiert hat, um den Einfluss der TTP in ihrem Stammesgebiet zurückzudrängen.

Ethnische Gewalt in Karatschi

Ein Herd von Instabilität und Gewalt besteht weiterhin auch in Karatschi, das im Berichtszeitraum neuerlich von einer Welle der Gewalt heimgesucht wird. Seit der Ermordung des MQM Parlamentsabgeordneten Raza Haider im August haben ethnische Unruhen in Karatschi erheblich zugenommen (s. QB III/2010). Als im September auch der im britischen Exil lebende Imran Farooq, Gründungsmitglied der MQM, vor seinem Haus in London erstochen aufgefunden wird, erreicht das Gewaltniveau in Karatschi neue Höhen.

Das *Muhajir/Muttahida Quami Movement* (MQM), politische Interessenvertretung der bei Staatsgründung 1947 aus Indien eingewanderten Urdu-sprechenden Flüchtlinge (*muhajir*) und ihrer Nachkommen, ist seit ihrer Gründung im Jahre 1978 eine der stärksten Parteien in Karatschi und dem Sindh. In den letzten Jahren hat jedoch die Zahl der Paschtunen, die in immer größerer Anzahl aus Afghanistan und dem pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet nach Karatschi zuwandern, stark zugenommen. Dies hat zur Folge, dass die die paschtunischen Interessen vertretende *Awami National Party* (ANP) — vormals auf die nordwestliche Grenzprovinz Khyber-Pakhtoonkhwa (KPK) beschränkt — dem MQM die politische Vormachtstellung in der Millionenmetropole Karatschi streitig macht und politische Konflikte sich zunehmend in ethnischen Gewalttaten entladen.

Obwohl beide Parteien sich ausdrücklich nicht mit einer ethnischen Gruppierung identifizieren (lassen) wollen, ist die Anhängerschaft beider Organisationen ethnisch nahezu homogen und der in Karatschi tobende Konflikt vor allem Ausdruck ethno-politischer Rivalität. Auch die Ausschreitungen im Rahmen der Nachwahlen für den Abgeordnetensitz des verstorbenen Raza Haider am 17. Oktober sind von der Angst beider Gruppen motiviert, politischen Einfluss zu verlieren. Den Unruhen in Karatschi fallen im Jahr 2010 mehr als 1100 Menschen zum Opfer. Durch Vergeltungsschläge und Auftragsmorde entzündet sich der Konflikt ständig aufs Neue.

Die Welle der Gewalt in Karatschi hat eine weitere Dimension, die sich im November offenbart, einige Tage nachdem die Polizei Mitglieder der Extremistengruppe *Lashkar-e-Jhangvi* (LJ) festgenommen und zu Befragungen in das Gebäude des *Crime Investigation Department* (CID) gebracht hat. Das Gebäude, in unmittelbarer Nähe von großen internationalen Hotels, dem Sitz des Ministerpräsidenten und des US-amerikanischen Konsulats gelegen, wird von Selbstmordattentätern und Scharfschützen der TTP angegriffen. Obwohl die TTP offiziell die US-Drohnenangriffe in den Stammesgebieten im Norden des Landes als Grund für den Angriff nennt, bleibt unklar, ob der Angriff in Zusammenhang mit den Festnahmen der LJ-Mitglieder steht. In jedem Fall beweist der Vorfall, dass auch religiös motivierte Extremistengruppen in der Millionenstadt Fuß gefasst haben und Akte des Terrorismus selbst in einem Stadtteil verüben können, der unter höchstem Sicherheitsschutz steht.

Unzweifelhaft ist auch, dass die anhaltenden US-Drohnenangriffe in den Stammesgebieten Pakistans — und hier besonders in Nord-Waziristan, das als Rückzugsgebiet afghanischer und pakistanischer Talibankräfte gilt — ein weiterer wichtiger Faktor sind, der national wie international zu Spannungen und Unzufriedenheit führt und radikal-islamistischen Terrororganisationen zur Legitimation terroristischer Gewaltakte dient. Seit Regierungsantritt der Obama-Administration haben sich US-amerikanische Drohnenangriffe in Pakistan mehr

als verdoppelt. In 2010 kam es insgesamt zu 118 Drohneneinsätzen, 104 allein in Nord-Lazaristin. Dabei sollen nach unterschiedlichen Angaben zwischen 500 und 1000 Zivilisten ums Leben gekommen sein.

Blockade der NATO-Versorgungswege

Am 26.-27. September dringen NATO-Streitkräfte aus Afghanistan bei der Verfolgung von Mitgliedern des Haqqani-Netzwerks auf pakistanisches Staatsgebiet in Nord-Waziristan vor. Bei dem Feuergefecht kommen zwei pakistanische Grenzsoldaten ums Leben. Trotz offizieller Entschuldigung seitens NATO, ISAF und der US-Administration nimmt die pakistanische Regierung diesen als Affront empfundenen Vorfall nicht hin und reagiert mit der Schließung des pakistanisch-afghanischen Grenzübergangs bei Torkham, über den mehr als ein Viertel des Nachschubs für US- und NATO-Truppen in Afghanistan abgewickelt wird. Laut Medienberichten ist bereits nach wenigen Tagen der Blockade die Versorgungslage der Truppen der internationalen Staatengemeinschaft in Afghanistan mit Treibstoff und Diesel prekär. Zusammen mit einer Serie von Brandanschlägen auf Tanklaster im Transit von Karatschi nach Afghanistan im Oktober, November und Dezember, bei denen allein in den pakistanisch-afghanischen Grenzprovinzen Belutschistan mehr als fünfzig Tanklastzüge Opfer der Flammen werden, verdeutlichen die Geschehnisse die Bedeutung und Unverzichtbarkeit Pakistans als strategischer Partner im Afghanistankonflikt.

Die Drohnenangriffe und die Schließung des Grenzübergangs bei Torkham führen zu weiteren außenpolitischen Spannungen zwischen Pakistan, der NATO und den USA. Auch innenpolitisch kommt es in Pakistan zu Kontroversen. Die Souveränitätsverletzungen dienen extremistischen Gruppierungen als Grund und Rechtfertigung für weitere Anschläge. In der Bevölkerung wächst derweil die Unzufriedenheit darüber, dass unverändert weit mehr Zivilisten als Talibankämpfer bei Drohnenangriffen ums Leben kommen. Der Protest der Regierung gegen die verschiedenen Formen der Souveränitätsverletzung ist dabei jedoch eher symbolisch. Die Regierung steht vor dem Dilemma, die Verletzung der territorialen Integrität des Landes durch NATO- und ISAF-Verbände verurteilen zu müssen, um in der eigenen Bevölkerung nicht an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Andererseits kann Pakistan die internationale Staatengemeinschaft nicht vor den Kopf stoßen, da es am Tropf westlicher Geberländer hängt. Die Regierung entscheidet sich schließlich für einen Mittelweg. Sie protestiert zwar gegen An- und Übergriffe seitens NATO und ISAF, tut dies jedoch nur symbolisch und lässt keinerlei außenpolitische Konsequenzen folgen. Diese halbherzige Vorgehensweise wird von der Mehrheit der Bevölkerung negativ aufgenommen und trägt zu einem weiteren Ansehensverlust der Regierung bei.

Regierungskrise

Die von der *Pakistan Peoples Party (PPP)* geführte Koalitionsregierung in Islamabad gerät zum Jahresende zunehmend unter Druck. Nach einem Korruptionsskandal, in den zwei Bundesminister der religiös-konservativen Partei *Jamiat-e-Ulema-e-Islam (JUI-F)* involviert sind und infolgedessen entlassen werden, entscheidet sich die JUI-F Mitte Dezember die Koalition zu verlassen und der Opposition beizutreten. Die PPP bemüht sich zwar, ihren Koalitionspartner zurückzugewinnen. Die unverhohlenen Forderungen der JUI-F — bspw. ihre Forderung nach der Entlassung von Premierminister Yussuf Raza Gilani — und die Tatsache, dass die Parlamentsmehrheit der verbleibenden Koalitionsregierung nicht in Frage steht, machen eine weitere Kooperation zwischen den beiden Parteien aber unwahrscheinlich.

Auch der zweite und sehr viel bedeutendere Koalitionspartner der PPP, das *Muhajir/Muttahida Quami Movement (MQM)*, will Korruptionsskandale innerhalb der Regierung und den Volkszorn über stetig steigende Energie- und Treibstoffpreise nicht länger mittragen und entschließt sich wenige Tage vor Ende des Jahres zum Regierungsaustritt. Sie belässt zwar ihre Abgeordneten im Finanzministerium, arbeitet vorerst nicht mit der Opposition zusammen und verhindert dadurch den endgültigen Zusammenbruch der PPP-geführten Koalitionsregierung in Islamabad. MQM droht jedoch mit einem totalen Ausstieg, sollte sich die PPP weiterhin nicht an (angebliche) Koalitionsvereinbarungen halten und für die unverzügliche Senkung der Treibstoff- und Energiepreise sorgen. Seit Jahresende 2010 ist die Regierung somit in akuter Gefahr, ihre Parlamentsmehrheit zu verlieren und einem Misstrauensvotum zum Opfer zu fallen. Dies würde das Land weiter destabilisieren und lähmen. Allein durch die seit Ende Dezember anhaltenden Koalitionsverhandlungen rücken andere, dringende Probleme des Landes wieder in den Hintergrund.

Folgen der Regen- und Flutkatastrophe

Auch fünf Monate nach Beginn der ungewöhnlich starken Monsunregenfälle im Nordwesten Pakistans und den anschließenden Überschwemmungen in allen vier Provinzen des Landes sind die Folgen der Regen- und Flutkatastrophe allgegenwärtig.

Während die statistische Inflation seitens der Regierung mit lediglich ca. 15% angegeben wird, steigen in Folge der flutbedingten Ernteauffälle die Preise für Grundnahrungsmittel um mehr als 40%. Gemüse und Obst sowie Milch und Zucker sind am stärksten von den Preissteigerungen betroffen und werden für einen Großteil der Bevölkerung zu unerschwinglichen Luxusgütern. In Folge der Flutschäden an Pakistans ohnehin mangelhafter Energieinfrastruktur kommt es in den Wintermonaten des 4. Quartals 2010

landesweit zu Strom- und Gasengpässen. Nicht nur bilden sich aufgrund der staatlich verfügbaren, tageweisen Zwangsschließung von (Gas-)Tankstellen insb. in urbanen Zentren Pakistans kilometerlangen Autoschlagen. Auch das produzierende Gewerbe des Landes leidet unter der unzureichenden Energieversorgung und Industrieunternehmen klagen über massive Produktionsausfälle. Privatkunden der städtischen und staatlichen Versorgungswerke werden landesweit insb. im Monat Dezember nur unregelmäßig und unzureichend mit Strom und Gas versorgt. Selbst in der Landeshauptstadt Islamabad reicht der niedrige Gasdruck oft nicht zum Betrieb einfacher Haushaltsgeräte wie Öfen und Herde.

In den Provinzen Khyber-Pakhtoonkhwa (KPK) und Pandschab konnte der landwirtschaftliche Zyklus bereits mit der Winteraussaat im November wieder aufgenommen werden und nachhaltige, flutbedingte Schäden beschränken sich weitgehend auf zerstörte und noch nicht wiederhergestellte Straßen- und Brückenverbindungen in den Bergregionen, und den Verlust an Wohnraum, Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur in tiefer gelegenen Abflussregionen. In der südlichen Provinz Sindh hingegen, die sich zu beiden Seiten des Unterlaufs des Indus erstreckt und wo die Flutwelle erst Wochen später eintraf, ist das Wasser bis heute aufgrund der geographischen Gegebenheiten nicht abgeflossen. Weite Landstriche liegen unter Meeresniveau und allein die Verdunstung bestimmt das Tempo, mit dem die Überschwemmungen zurückgehen. Auch mehr als drei Monate nachdem der Scheitel der Flutwelle nahe der Stadt Thatta das Arabische Meer erreichte stehen weite Teile des Sindh und der Kachhi-Ebene in der angrenzenden Provinz Belutschistan weiterhin unter Wasser. Abgetrocknete Äcker und Felder sind versalzen und für eine landwirtschaftliche Nutzung bis auf weiteres unbrauchbar. Hunderttausende Flutopfer leben bis heute in Notunterkünften und Zeltstädten, oft unzureichend ausgestattet mit sauberem Trinkwasser, Lebensmitteln, warmen Decken und medizinischer Versorgung.

Unterdessen wird in Pakistan eine zunehmend engagierte Diskussion über die Ursachen der Überforderung der Regierung in Sachen Katastrophenbekämpfung geführt. Dabei werden vier Bereiche identifiziert, die das staatliche Versagen zu erklären helfen. Wie im QB III/2010 bereits erwähnt, war die anfängliche Monopolisierung der Katastrophenbekämpfung durch das Militär insgesamt hinderlich. Ferner fehlte es der pakistanischen Regierung an diplomatischem Geschick, um schnell internationale Hilfe ins Land zu holen. Statt den Katastropheneinsatz zu koordinieren entwickelte sich zwischen der pakistanischen Regierung und ausländischen Helfern und Hilfsorganisationen ein Streit über die Verwaltung der Hilfsgelder und -lieferungen, noch während die Flutwelle auf die südlichen Landesteile zurollte. Bereits im August wurde offensichtlich, dass es in Pakistan auch sechs Jahrzehnte nach Staatsgründung an einem echten nationalen Bewusstsein und einer zivilen gesamtstaatlichen Verwaltung fehlt, die in der Lage wäre, die vielfältigen Aufgaben einer so großen Hilfsoperation zu koordinieren. Neben dem Versagen auf nationaler

Regierungsebene ist dafür auch eine seit Kolonialzeiten nahezu unveränderte staatliche Verwaltungsstruktur verantwortlich sowie die völlige Abwesenheit lokaler Behörden.

Die Verwaltungsstruktur Pakistans wurde im Wesentlichen von der britischen Kolonialmacht übernommen. Sie wurde bei Unabhängigkeit des Landes im August 1947 nur geringfügig verändert und blieb bis heute in ihren Grundzügen erhalten. Obwohl viele Politikbereiche außerhalb ihrer Kompetenz liegen oder im Rahmen der jüngsten Verfassungsreform erst zukünftig in ihren Kompetenzbereich fallen werden, sind die Provinzverwaltungen von zentraler Bedeutung. Alle staatlichen Ämter und Behörden haben ihren Hauptsitz in der jeweiligen Provinzhauptstadt sowie, je nach Bedeutung, Außenstellen bis zur Distrikt- und Landkreisebene. Durch ihre hierarchische Organisation ist die Verwaltung jedoch nur gegenüber der Provinzhauptstadt und ggfs. gegenüber dem zuständigen Ministerium in Islamabad rechenschaftspflichtig, nicht aber gegenüber der zu verwaltenden Bevölkerung.

Ein wesentliches Element der Verwaltungsstruktur Pakistans ist das Fehlen lokaler administrativer Strukturen, obwohl es in der politischen Geschichte Pakistans nicht an Bestrebungen gefehlt hat, Lokalverwaltungen aufzubauen, letztmalig durch die *Local Government Ordinance* von General-Präsident Pervez Musharraf im Jahre 2001. Nach dem Rückzug Musharraf im Spätjahr 2008 und der Regierungsübernahme durch die PPP unter Führung von Staatspräsident Ali Asif Zardari vergingen jedoch nur wenige Monate, ehe die gewählten Distrikt- und Gemeinderäte aufgelöst wurden und den Provinzen zum 1. Januar 2010 der Auftrag erteilt wurde, alternative Formen der lokalen Verwaltung selbst zu entwickeln. Diese Alternativen lassen bis heute auf sich warten und einzig die Provinz Belutschistan verabschiedete im Mai 2010 ein *Balochistan Local Government Act*. Auch hier lassen die angekündigten Kommunalwahlen jedoch noch immer auf sich warten. Die Regen- und Flutkatastrophe in Pakistan traf also ein Land, in dem der Staat sich auf lokaler Ebene soeben selbst abgeschafft hatte.

Schließlich sind die Interessen der Großgrundbesitzer, aus deren Reihen sich auch die Entscheidungsträger in Islamabad rekrutieren, nicht deckungsgleich mit denen der unmittelbar flutbetroffenen Kleinbauern oder landlosen Bevölkerung. Als Folge der Flut kommen zwar in Pakistan altbekannte Forderungen nach einer Landreform wieder auf. Wie in der Vergangenheit werden aber auch diesmal die Großgrundbesitzer eine Veränderung der Machtverhältnisse zu verhindern wissen. Insb. im Sindh behindern die Feudalstrukturen die Katastrophenhilfe ebenso wie bürokratische Hindernisse. Die Zentraladministration in Islamabad hat nur geringe Kompetenzen in den betroffenen ländlichen Regionen, die Lokalverwaltungen sind ineffizient und schlecht ausgerüstet und oft ebenfalls nur daran interessiert, ihre Pfründe zu sichern. Der Regierung gelingt es als nationale Hilfsmaßnahme daher lediglich, eine geringfügige und auf sechs Monate befristete Sondersteuer auf höhere

Einkommen einzuführen. Da weniger als zehn Prozent der pakistanischen Bürger überhaupt Steuern zahlen ist dieser „Solidaritätsbeitrag“ jedoch zu vernachlässigen.

AFGHANISTAN

Ergebnisse der Parlamentswahlen

Im Laufe des Oktobers geben die *Independent Election Commission of Afghanistan* (IEC, Unabhängige Wahlkommission) und die *Electoral Complaints Commission* (ECC, Wahlbeschwerdekommission) bekannt, dass insg. 4.100 Beschwerden zum Wahlablauf eingegangen sind und 175 der insg. ca. 2.500 Kandidaten zur Wahl des Unterhauses der afghanischen Nationalversammlung unter dem Verdacht des Wahlbetrugs stehen. Am 20. Oktober wird ferner bekanntgegeben, dass es 1,3 Millionen ungültige Stimmen gibt (ca. 20%) und die Ergebnisse aus 2.500 von insg. 18.000 Wahllokalen nicht gewertet werden können. Das offizielle Wahlergebnis für Afghanistan — mit Ausnahme der Provinz Ghazni — wird schließlich Ende November verkündet (siehe www.iec.org.af).

Die Interpretation der Wahlergebnisse ist unmöglich, da die Kandidaten keine Parteizugehörigkeit haben oder angeben. Laut Medienberichten werden nur neunzig Mitglieder des alten Parlaments von 2005 wiedergewählt, von über vierhundert weiblichen Kandidaten schaffen neunundsechzig den Einzug ins Unterhaus. Laut Aussage von Abdullah Abdullah, Herausforderer von Präsident Hamid Karzai bei den Präsidentschaftswahlen im vergangenen Jahr, handelt es sich bei neunzig der insg. 249 Mitglieder des neuen Unterhauses um Anhänger der von ihm gegründeten „Koalition für Hoffnung und Veränderung“, der führenden demokratischen Oppositionsbewegung des Landes. In Anbetracht der zweifelhaften Wahlbeteiligung und der unbekanntem Zahl von Wahlberechtigten (siehe QB III/2010) bleibt die Legitimation der Parlamentswahlen jedoch fragwürdig und ihre Relevanz für die innenpolitischen Geschicke Afghanistans auch nach Bekanntgabe des offiziellen Wahlergebnisses marginal. Präsident Karzai verschiebt am 20. Januar die Vereidigung des neuen Parlaments, die eigentlich für diesen Tag angekündigt wurde, um einen weiteren Monat. Damit wächst die Gefahr einer Verfassungskrise weiter. Nach massiven Protesten werden am 26. Januar die 249 Mitglieder des Unterhauses dann doch vereidigt.

Hoher Friedensrat gegründet

Präsident Karzai beruft am 7. Oktober — dem 9. Jahrestag des Kriegsbeginns in Afghanistan — den sog. „Hohen Rat für Frieden“ (*High Council for Peace*), der sich mit Friedensverhandlungen unter Einbeziehung der Taliban befassen und dabei die Interessen der afghanischen Regierung vertreten soll. Das 70-köpfige Gremium soll Karzais Angaben

zufolge direkte Verhandlungen mit einigen Anführern der Talibanbewegung aufnehmen, die in der Vergangenheit direkt oder über Umwege Kontakt mit der Regierung gesucht haben. Die Gründung einer solchen Institution war Mitte des Jahres im Rahmen der *Peace Jirga* in Kabul vereinbart worden (s. QB III/2010) und ist Ausdruck der allseitigen Erkenntnis, dass der Konflikt in Afghanistan allein mit militärischen Mitteln nicht beizulegen ist. Friedensverhandlungen sollen einzelnen Talibs als auch ganzen Fraktionen der heterogenen Aufstandsbewegung einen ehrenvollen Weg zurück in die Zivilgesellschaft ermöglichen. Die Einberufung des Rats gilt als eine der wichtigsten Initiativen Karzais auf dem Weg zu Gesprächen mit den Aufständischen.

Der Friedensrat wird allerdings von Beginn an mit Hindernissen konfrontiert. Die afghanische Bevölkerung hat wenig Vertrauen in die Fähigkeiten des Rates. Zahlreiche Ratsmitglieder sind ehemalige Anhänger der Talibanbewegung, Kriegsherren oder Drogenbarone, die sich bereits in der Vergangenheit nicht durch das Einhalten von Kompromissen und Verhandlungsergebnissen ausgezeichnet haben. Ein zweiter und gravierenderer Faktor, der die Arbeit des Rates behindert, ist die Weigerung der Taliban, vor Abzug aller ausländischer Truppen aus Afghanistan überhaupt in Verhandlungen zu treten. Die Taliban lehnen alle Friedensbemühungen kategorisch ab, da sie die Karzai-Regierung nicht nur als illegitim und schwach ansehen, sondern sich gerade aufgrund der Verhandlungsbereitschaft der Regierung in ihrer Ansicht bestärkt glauben, im gegenwärtigen Konflikt die Oberhand zu haben. Die Regierung Karzai hat die Kontrolle über Afghanistan verloren, die Taliban haben ihren Einfluss in weiten Landesteilen zurückgewonnen. Beide Seiten wissen aber, dass sie den asymmetrischen Krieg militärisch nicht gewinnen können. Der Hohe Rat für Frieden ist somit ein nicht unbedeutendes Symbol für die Bereitschaft der Regierung, Frieden auch mit nicht-militärischen Mitteln zu erwirken.

Die innerafghanischen Friedensbemühungen werden im November durch Meldungen diskreditiert, die afghanische Regierung führe zusammen mit der NATO Geheimverhandlungen mit einem hochrangigen Mitglied der Talibanbewegung. Bei der Gründung des Rats hatte Karzai noch versichert, dass die Regierung sich fortan aus Verhandlungen strikt heraus halten würde. Wenige Wochen später ist Karzai des Wortbruchs überführt und bringt damit vor allem einen Mangel an Vertrauen in den neu gegründeten Friedensrat zum Ausdruck.

Schließlich werden Ende November aber auch die Verhandlungen zwischen Karzai und dem angeblich hochrangigen Talibanvertreter Mullah Mansour zu einer Parodie. Nach mehreren Geheimgesprächen mit dem Talibankommandeur — die sich lt. Medienberichten über Monate streckten und „gut“ verliefen — stellt sich heraus, dass Mullah Mansour kein Vertreter der Taliban sondern ein Bauernfänger ist. Dem Mann, dessen richtige Identität bis heute ungeklärt ist, gelingt es lt. Pressemeldungen mit großen Geldsummen unterzutauchen, die er

von NATO und der afghanischen Regierung erhalten haben soll. Wie ein solcher Betrug auf oberster Sicherheits- und Verhandlungsstufe über Monate hinweg möglich ist bleibt ein Rätsel. Diese Peinlichkeit ist gleichzeitig aber auch eine Genugtuung für die pakistanische Regierung, die Karzai wiederholt und teils unverblümt davor gewarnt hat, eigenmächtig Friedensgespräche zu initiieren. Ob es Frieden in Afghanistan geben wird und das Land als zentraler Staat Bestand haben kann hängt wesentlich davon ab, ob und inwieweit es gelingen wird, Pakistan (und den Iran) zumindest mittelbar an den Verhandlungen zu beteiligen.

Entsprechend reist eine 25-köpfige Delegation des Hohen Rats für Frieden unter Vorsitz von Burhanuddin Rabbani Anfang Januar 2011 nach Pakistan und trifft in Islamabad mit Vertretern des pakistanischen Militärs und der pakistanischen Regierung zusammen, um gemeinsam über die Möglichkeiten von Friedensverhandlungen mit den Taliban zu spekulieren. Die Delegationsreise führt zu keinen nennenswerten offiziellen Ergebnissen und auch die folgenden Medienberichte, dass im Frühjahr 2011 eine gemeinsame pakistanisch-afghanische Friedens-*Jirga* einberufen werden soll stellen sich als falsch heraus. Trotzdem ist die Pakistanreise des afghanischen Hohen Rats für Frieden Ausdruck der erfreulichen Tatsache, dass beide Länder sowohl einsehen als auch öffentlich eingestehen, dass ihrer beider Schicksale so eng miteinander verwoben sind, dass es nur eine gemeinsame Lösung geben kann an der man gemeinschaftlich zu arbeiten bereit ist.

Afghanistanstrategien und Truppenabzug

Im Oktober findet in Rom ein Treffen der *International Contact Group* (ICG) statt, bei dem über den *status quo* in Afghanistan und mögliche Abzugsszenarien diskutiert wird. Von Bedeutung ist, dass diesmal auch der Iran an dem Treffen teilnimmt. Auch bei der NATO-Konferenz in Lissabon am 18.-19. November wird ein Plan für den Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan und für die Übergangsphase skizziert. Das Abschlussdokument spricht davon, dass ein Abzug bis 2014 möglich ist, es aber ein Engagement der Truppen über 2015 hinaus geben wird.

Am 16. Dezember wird der von Barack Obama in Auftrag gegebene *Afghanistan Strategy Review* veröffentlicht. In diesem Bericht wird die Afghanistanstrategie der USA evaluiert und eine Prognose für die Zukunft gegeben. Auch die US-amerikanische Regierung geht demnach unverändert davon aus, dass im Juli 2011 mit dem Rückzug der Truppen begonnen werden und die Sicherheitsverantwortung in einigen Regionen des Landes an die afghanische Regierung übergeben werden kann. Ein Abzug bis 2014 sei möglich und wünschenswert. Obama kündigt außerdem an, die Drohnenangriffe in den Grenzregionen Pakistans fortführen zu wollen, um so die pakistanische Regierung zu zwingen mehr gegen Extremisten zu unternehmen.

Einen großen Verlust haben die USA am 14. Dezember zu beklagen, als Richard Holbrooke, der *US-Special Envoy to Afghanistan and Pakistan* unerwartet verstirbt. Holbrooke war wegen seiner Expertise und Erfahrung weithin respektiert.

Die Situation für die deutsche Bundeswehr in Afghanistan wird innerhalb des vierten Quartals 2010 zunehmend schwieriger. In der Region Kundus häufen sich Selbstmordanschläge und Feuergefechte. Der Grund für die sich verschlechternde Sicherheitslage in der Region sind vor allem die US-geführten Militäroffensiven im Westen und Süden des Landes. Im 2. und 3. Quartal hatte die *Operation Moshtarak* („gemeinsam“), die später in *Operation Hamkari* ("Zusammenarbeit") umbenannt wurde, versucht Aufständische aus der Region um Helmand zu vertreiben (siehe QB II/2010). Am 25. September startet die *Operation Dragon Strike* in drei Bezirken des Großraums Kandahar mit dem gleichen Ziel. Diese Angriffe auf sog. Taliban-Hochburgen haben zur Folge, dass Aufständische entweder über die Grenze nach Pakistan oder aber in den Norden Afghanistans ausweichen. Da wenig Informationen über die Militäroperationen nach außen dringen und es keine unabhängige Berichterstattung gibt ist es unmöglich, Verlauf und Erfolg der zu Jahresbeginn 2010 großartig angekündigten amerikanischen Politik eines *military surge* zu beurteilen. Unzweifelhaft ist aber, dass 2010 das für ausländische Truppen verlustreichste Jahr in dem inzwischen neun-jährigen Afghanistankonflikt ist. In den Jahren 2001-2010 fallen in Afghanistan insg. mehr als 2.000 ausländische Soldaten, mehr als siebenhundert davon allein in 2010.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
AUTIOR: DR. MARTIN AXMANN
LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –
TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX: +49 (0)89 1258-359
E-MAIL: grundsatzreferat@hss.de – HOMEPAGE: www.hss.de
ERSTELLT AM: 22. JANUAR 2011